

13.05.2013

Fragen an den Gemeinderat und die Verwaltung der Stadt Weingarten zum Thema Fracking:

In immer mehr Gemeinderäten wird über die Risiken und Gefahren von „Hydraulic Fracktoring“ - kurz „Fracking“ - diskutiert und Resolutionen werden verabschiedet. Diese Resolutionen haben zwar keine rechtliche Auswirkung, sind aber für die Diskussion in der Bevölkerung und als politische Willenserklärungen wichtig (!).

1. Weshalb stemmt sich die Mehrheit des Gemeinderates und/oder die Verwaltung der Stadt Weingarten gegen eine Diskussion um das Thema Fracking?
2. Herr Bürgermeister, sie haben zuvor sachlich identischen Resolutionen gegen Fracking schriftlich zugestimmt, bekräftigen aber wenige Tage nach der Unterzeichnung, dass es „nichts bringt“. Wie kam es zu dieser Meinungsänderung?
3. Warum ist die Mehrheit des Gemeinderates und/oder die Verwaltung nicht an einer politischen Willensbildung „gegen Fracking“ interessiert, obwohl es sich hier um das Interesse aller Bürgerinnen und Bürger handelt?
4. Sind dem Gemeinderat und der Verwaltung die Gefahren durch Fracking, für das Trinkwasser und für die Menschen die in dieser Region leben überhaupt bekannt? Wenn ja, welche sind ihnen bekannt?
5. Ist dem Gemeinderat und der Verwaltung bekannt, dass durch Fracking unbekannte Chemikaliengemische (aus über 580 zum Teil hoch toxischen Substanzen) in den Trinkwasserspeicher der Bodenseeregion gelangen können und dadurch das Wasser für Millionen von Menschen ungenießbar werden kann? Ohne Wasser kann Mensch und Tier nicht überleben! Anmerkung: Bei der genauen Zusammensetzung der Chemikaliengemische handelt es sich um ein sog. „Betriebsgeheimnis“ der Firmen. In den USA sind bereits die umliegende Bevölkerung sowie das Vieh an den Folgen dieser Toxine im Wasser erkrankt!
6. Bleibt es bei einem Redestopp zum Thema Hydraulic Fracktoring, kann also nicht mehr von einer Interessenvertretung der Bürger durch den Gemeinderat und die Verwaltung gesprochen werden. Da alle

Menschen gleichermaßen betroffen sind. Ist dem Gemeinderat und der Verwaltung bekannt, dass er/sie mit „Stillschweigen“ zum Thema Hydraulic Frackting, gegen die Gesundheit der Bürgerinnen und Bürger von Weingarten und gegen die Gesundheit aller Menschen der gesamten Region, handeln? Anmerkung: Sauberes Trinkwasser ist für alle Menschen lebensnotwendig!!! Es geht uns alle an!

7. Frage an die Stadtverwaltung und die Mitglieder des Gemeinderates, die sich gegen eine Rede zum Thema Fracking ausgesprochen haben: Welches Wasser gedenken Sie zu trinken, wenn das Wasser der Bodenseeregion durch Toxine ungenießbar geworden ist?
8. In Amerika muss in den Gebieten in denen gefrackt wird, Trinkwasser in Kanistern angeliefert werden. Wie sollen Millionen von Menschen die vom Trinkwasserspeicher Bodensee leben, in Zukunft mit Trinkwasser versorgt werden? Soll dies durch die Anlegung künstlicher Tanks erfolgen? Oder durch LKW Lieferungen mit Kanistern? Ist dies logistisch überhaupt möglich? Wie stellt es sich der Gemeinderat und die Verwaltung vor, wie diesem Problem adäquat begegnet werden kann?
9. Ist das Problem des „Flowback“ bekannt? Ist dem Gemeinderat und der Verwaltung bekannt, dass in Weingarten mit den gleichen Folgen wie sie in den USA durch Fracking entstehen, auch hier zu rechnen ist?
10. Wo befinden sich die Lagerstätten für das entstehende Frackwasser? Was geschieht mit dem Frackwasser, wenn keine Lagerstätten bekannt sind?
11. In einem, im Rahmen des Umweltforschungsplans geförderten Gutachten, („Umweltauswirkungen von Fracking bei der Aufsuchung und Gewinnung von Erdgas aus unkonventionellen Lagerstätten“) wird dringend davon abgeraten, Fracking großflächig zur Erschließung unkonventioneller Erdgasvorkommen in Deutschland einzusetzen. Da es nach wie vor an vielen Daten zu den a. Lagerstätten, den b. Auswirkungen von Bohrungen sowie den c. eingesetzten Chemikalien und d. des sogenannten Flowback (d. h. Lagerstättenwasser kontaminiert mit Chemikalien) mangelt, wird empfohlen stattdessen im Rahmen von behördlich und wissenschaftlich eng begleiteten Einzelvorhaben schrittweise vorzugehen. Das Gutachten schlägt weiterhin mehrere Änderungen im Berg- und Verwaltungsrecht vor. Neben einem Verbot in Wasserschutzgebieten soll es für jede Erdgasbohrung mit Einsatz der Frackingtechnologie eine Umweltverträglichkeitsprüfung geben. Ziel ist es u.a., die Beteiligungsrechte der Betroffenen und der Öffentlichkeit zu stärken.

Frage an den Gemeinderat und/oder die Verwaltung: Weshalb erkennen Sie dieses wissenschaftlichen Gutachten sowie andere Studien zum Thema nicht an? Weshalb wird hier abgelehnt sich öffentlich eindeutig für diese Gutachten zu positionieren obwohl es um die Interessen *aller* hier lebenden Menschen geht?